

## **8. Die Europapolitik in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union**



# Belgien

Christian Franck\*

Die seit dem 11. Oktober 2014 amtierende belgische Regierungskoalition setzt sich aus drei flämischen Parteien zusammen, der N-VA (Nieuwe Vlaamse Alliantie), der CD&V (Christen-Democratisch en Vlaams) und der Open VLD (Open Vlaamse Liberalen en Democraten), sowie einer einzigen frankophonen Partei, der MR (Mouvement réformateur), welche ein liberales Profil vertritt. Die Koalition vereint 65 der 87 flämischen sowie 20 der 63 frankophonen Abgeordneten auf sich. Diese asymmetrische Repräsentation der politischen Kräfte des nördlichen und südlichen Teils des Landes stellt jedoch kein Hindernis für eine paritätische Zusammensetzung der Regierung dar: Den sieben flämischen Ministern stehen sieben frankophone Minister gegenüber und an der Spitze mit Charles Michel ein frankophoner Premierminister. Die mit 33 Sitzen wichtigste flämische Partei N-VA setzt sich für eine größtmögliche Autonomie Flanderns und eine Weiterentwicklung des belgischen Föderalismus mit dem Ziel einer Konföderation, wenn nicht sogar einer vollständigen Unabhängigkeit Flanderns, ein. Auf EU-Ebene zählt die Partei vier Abgeordnete, die im Europäischen Parlament Mitglieder der Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformen (EKR) sind und damit an der Seite der britischen Tories sowie der ultra-konservativen polnischen Partei für Recht und Gerechtigkeit (PIS) stehen. Weder europaphil noch europaskeptisch präsentiert sich die N-VA als Europarealisten, die die Konsolidierung des Binnenmarkts preist, einen restriktiven Kurs in der Asyl- und Einwanderungspolitik fordert und ein Europa mit konföderalem Charakter anstrebt.

Die Regierungsbeteiligung der N-VA wirft die Frage nach der Kompatibilität ihrer europapolitischen Orientierung mit der früherer Regierungen auf, die seit Jahrzehnten einen traditionell vertiefungsfreundlichen und auf die Stärkung der EU-Institutionen ausgerichteten Kurs verfolgten. Hat das Handeln der N-VA Minister, die die Portfolios der Finanzen, des Inneren und der Verteidigung sowie das Amt des Staatssekretärs für Einwanderung und Asyl innehaben, zu einer graduellen oder tatsächlich Kursänderung der belgischen Europapolitik geführt? Es herrscht der Eindruck, dass die besondere Positionierung der N-VA in dieser Frage kaum zu internen Spannungen und offensichtlichen Divergenzen innerhalb der Regierung geführt hat. Das im Oktober 2014 unterzeichnete Koalitionsabkommen sieht vor, dass Belgien seine Vorreiterrolle in EU-Angelegenheiten bewahren sollte. Die Stellungnahmen des Premierministers Michel, der im Übrigen seine europapolitische Überzeugung offen darlegt, schienen nicht von Unstimmigkeiten mit den in der Regierung vertretenen N-VA-Ministern geprägt zu sein. Auch bezüglich des Brexit konnte man kaum Unstimmigkeiten innerhalb der Regierung registrieren. Dissonanzen waren hingegen sowohl im belgischen Parlament als auch im Europäischen Parlament zu vernehmen.

---

\* Übersetzt aus dem Französischen von Dominic Maugeais.

## Brexit

Man hätte mithin erwarten können, dass die Nähe der N-VA zur Partei von David Cameron die scharfe Position Belgiens bezüglich des Brexit abschwächen würde. Dies war jedoch weder während des Treffens des Europäischen Rates vom 18./19. Februar 2016, bei dem die dem britischen Regierungschef gewährten Konzessionen angepasst wurden, damit dieser im Zuge der Referendumskampagne für den Verbleib werben konnte, noch am Tag nach dem Referendum am 23. Juni 2016 der Fall.

Der Gipfel des Europäischen Rates vom 18./19. Februar erlaubte es Michel, eine Führungsrolle bei den Verhandlungen mit David Cameron einzunehmen. Er war einer der drei Regierungschefs, die in der Nacht vom 18. auf den 19. Februar an den bilateralen Verhandlungen zwischen den Präsidenten des Europäischen Rates, der Europäischen Kommission und dem britischen Regierungschef teilnahmen. Am Morgen des 19. Februar verkündete er: „Es wird keine zweite Chance geben, jetzt oder nie (...) die erste Wahl ist natürlich ein Abkommen (...), aber nicht zu jeder beliebigen Bedingung“<sup>1</sup>. Durch seine demonstrative Standfestigkeit verteidigte Michel auch die ‚roten Linien‘ der belgischen Delegation: keine Einschränkungen der Personenfreizügigkeit und des Zugangs zu britischen Sozialleistungen; kein britisches Veto bei Entscheidungen der Eurogruppe zur Wirtschafts- und Währungsunion; kein Infragestellen der politischen Finalität des europäischen Integrationsprozesses; sowie noch eine Art ‚Selbsterstörungsklausel‘, die im Falle des Brexit vorsieht, dass alle Zugeständnisse nicht mehr geltend gemacht werden können.

Am Folgetag des 23. Juni ähnelt die belgische Position der von Paris und Rom: London müsse den Brexit so früh wie möglich beantragen und es solle vor diesem Antrag keine Verhandlungen geben. Nach einem Bericht der flämischen Tageszeitung *De Standaard* äußerte Michel: „Ich will mich nicht in einer Situation wiederfinden, in der Großbritannien über Monate hinweg unsere Geduld strapaziert“<sup>2</sup>. Es sei zudem wichtig, das europäische Projekt mit jenen Partnern wiederzubeleben, die weiter voranschreiten wollen, insbesondere jenen der Eurogruppe. Am 30. Juni, während einer Debatte zum Brexit im belgischen Parlament, wiederholte Michel seinen Wunsch, das Austrittsbegehren so früh wie möglich eingehen zu sehen. Um einen Domino-Effekt des Brexit zu vermeiden, müsse auch gezeigt werden, dass der Austritt aus der Union einen Preis habe: Das Vereinigte Königreich werde nicht ‚à la carte‘ jene Vorteile wählen können, die es behalten wolle. Ein Engagement Belgiens für eine europäische Wiederbelebung sei im Übrigen gesichert: „Belgien wird eine Schlüsselrolle bei den Diskussionen über die Zukunft des europäischen Projekts spielen“, die bis zum März 2017 zum sechzigsten Jahrestag der römischen Verträge abgeschlossen sein könnten. Auch wenn die Regierung die guten wirtschaftlichen Beziehungen zum Vereinigten Königreich bewahren möchte, so lädt Michel doch Unternehmen, die das britische Hoheitsgebiet verlassen wollen, dazu ein, sich in Belgien niederzulassen und wirbt hierfür mit einer Kampagne und dem Slogan: „Welcome to Belgium“<sup>3</sup>.

Eine schnelle Beantragung des britischen EU-Austritts, kein Zugang zum gemeinsamen Markt ohne die Gewährung der Personenfreizügigkeit und ohne finanziellen Beitrag zum europäischen Haushalt, Wiederbelebung des europäischen Projekts, insbesondere durch eine Stärkung der Eurozone: Es zeigt sich, dass die Anwesenheit von N-VA-Ministern die entschlossenen Reaktionen der belgischen Regierung nicht abgeschwächt hat. Zwischen

---

1 Vgl. Pressemitteilung bei Belga, 19.2.2016.

2 Bart Beirlant: Wie deze familie wil verlaten, moet niet op privileges rekenen, in: *De Standaard*, 29.6.2016.

3 *La Libre Belgique*: La Belgique veut être ferme avec Londres, 29.6.2016.

diesen und den Vorschlägen der Abgeordneten der flämischen nationalistischen Partei gibt es jedoch in der Tat Dissonanzen. Am Folgetage des 23. Juni plädiert die N-VA für einen ‚soft Brexit‘, der die wirtschaftlichen Verbindungen zwischen der Europäischen Union und Großbritannien bewahren sollte. Am 30. Juni interpretiert der Fraktionschef der NV-A im belgischen Parlament das Austrittsvotum im Lichte des von den Vereinten Nationen anerkannten Selbstbestimmungsrechts der Völker. Er ruft dazu auf, die Verbindungen zum Vereinigten Königreich neu zu knüpfen, und warnt vor der Versuchung eines grenzenlosen Europas, das in einen „europäischen Superstaat“ abzudriften drohe.<sup>4</sup> Ganz an seiner Seite erläutert der N-VA-Europaabgeordnete Sander Loones, dass seine Partei die Verbindungen zu den Tories aufrechterhalten werde und weiterhin einer europarealistischen Perspektive und dem Ziel einer europäischen Konföderation verbunden bleibe. Er führt das Austrittsvotum auf die Unfähigkeit der Union zurück: Es sei das Ergebnis einer desaströsen Asylpolitik, zahlreicher Sicherheitslücken und zu vieler bürokratischer Regulierungen; er kündigte ebenfalls an, dass sich die Europaabgeordneten der N-VA der Schaffung eines eigenen Budgets für die Eurozone und einer neuen Vertragsreform widersetzen werden.<sup>5</sup>

Die Treue der flämischen Nationalisten zu den britischen Konservativen ist jedoch ambivalent. Einerseits reden sie die Folgen des Brexit klein, andererseits widmen sie einer der Konsequenzen besondere Aufmerksamkeit: Einem Ausscheiden Schottlands, das in der Europäischen Union bleiben möchte, aus dem Vereinigten Königreich. Die Führung der N-VA hegt Sympathien und erklärtermaßen eine Affinität für die Forderungen nach Unabhängigkeit und dem Verbleib Schottlands und Kataloniens in der Europäischen Union.

### Die Migrationsproblematik

Die Jahre 2015 und 2016 waren auch geprägt von einem hohen Migrationsdruck, der durch die Konflikte in Syrien, Irak und Libyen verursacht wurde und insbesondere Griechenland und Italien belastete. Auch wenn die belgische Regierung sich von der Willkommenspolitik, wie sie in Deutschland praktiziert wird, distanziert hat, so unterstützte sie die Vorschläge der Europäischen Kommission vom Juli und September 2015, die die Einrichtung eines Solidaritätsmechanismus zur Verteilung der in Griechenland und Italien ankommenden Asylsuchenden zwischen den Mitgliedstaaten vorsehen. Dementsprechend stimmte sie am 22. September 2015 anlässlich des Rates der Minister des Inneren für die quotenregulierte Aufteilung von 120.000 Asylantragsteller, die sich in den beiden Ländern aufhalten.<sup>6</sup> Gleichzeitig bestand Théo Francken, der Staatssekretär für Einwanderung und Asyl, darauf, dass Rom und Athen sogenannte ‚Hotspots‘ zur Registrierung von Asylsuchenden einrichten: „Das ist sehr wichtig für uns, weil es die Nachricht an die Migranten sendet, dass die Ankunft in Europa nicht gleichbedeutend mit einem Eintrittsticket ist“<sup>7</sup>.

Im März 2016 unterstützte Belgien auch die Erklärung EU-Türkei zum Stopp des Flüchtlingsstroms auf türkischem Hoheitsgebiet und zur Einführung eines Tauschmechanismus, der die Rücksendung in Griechenland neu ankommender Migranten sowie im Gegenzug eine zahlenmäßig gleiche Verteilung von sich in der Türkei aufhaltenden syrischen Flüchtlingen auf die EU-Mitgliedstaaten vorsieht. Auch wenn das Abkommen im linken Milieu Belgiens sehr umstritten ist, lenkte selbst die flämische Oppositionspartei

4 7sur7.be: La N-VA au cœur d'un débat sur le Brexit à la Chambre, 1.6.2016.

5 Wim Winckelmans: N-VA laat conservatieven niet los, in: De Standaard, 29.6.2016.

6 Für 2015 wurde Belgien mit der Entscheidung vom 22. September für die erste Tranche ein Kontingent von 2.448 von insgesamt 66.000 Personen aus Griechenland und Italien zugeteilt.

7 Le Soir: La Belgique relocalisera 1.364 réfugiés dès octobre 2015, 21.7.2015.

Socialistische Partij Anders (SPA) ein, dass dieses Modell die Gefahren und Tragödien der Migration über das Meer reduzieren könnte und deshalb ein kleineres Übel darstelle.<sup>8</sup>

Im Jahr 2015 hat Belgien 19.420 Asylanträge registriert und 10.900 Antragstellern einen Flüchtlingsstatus oder temporären Schutz gewährt.<sup>9</sup> Der Migrationsdruck hat in Belgien ebenfalls eine Debatte über eine Neugestaltung des Schengensystems ausgelöst. Auch wenn Belgien die Beibehaltung des gegenwärtigen Systems verteidigt, so wurden vorübergehend wieder Kontrollen an der Grenze zum Norden Frankreichs aufgenommen. Ziel ist es, zu vermeiden, dass Migranten, die im 30 Kilometer von der französisch-belgischen Grenze entfernten Calais die Überfahrt nach Großbritannien wagen wollten, sich in Richtung der belgischen Häfen Ostende und Zeebrugge aufmachten.

### **Grexit**

Der Sommer 2015 ist auch die heiße Phase der Grexitdebatte gewesen. Belgien ist gegen einen, auch nicht temporären Austritt Griechenlands aus der Eurozone. Belgien ist zwar kompromissbereiter gegenüber Athen als Deutschland, die Niederlanden, Finnland oder die Slowakei. Jedoch ist es weniger versöhnlich als Frankreich und besteht auf einer Sanierung des griechischen Staatshaushalts. Laut dem belgischen Finanzminister Luc van Overtveldt muss Griechenland verstehen, „dass das Land eine Reihe von Reformen benötigt, um seine Wirtschaft wieder auf den richtigen Weg zu bringen“<sup>10</sup>. Das von Alexis Tsipras für den 5. Juli organisierte Referendum irritierte die belgische Regierung. Dennoch warb Premierminister Michel beim Gipfel der Eurogruppe im Juli 2015 dafür, eine Vereinbarung über das dritte Hilfspaket zu treffen: „Wir wollen uns darum bemühen, dass Griechenland [in der Eurozone] bleibt. Ich werbe für Einheit, Zusammenkunft und Lösungsgeist (...)“<sup>11</sup>. Die Grexitkrise hat dem belgischen Staat als „sicherer Hafen“ auch finanziell genutzt. Er konnte von sehr niedrigen Zinsen für seine langfristigen Schulden profitieren und somit zwischen 2010 und 2015 12 Mrd. Euro an Zinsen einsparen.<sup>12</sup>

### **Wiederbelebung des europäischen Projekts durch die sechs Gründerstaaten**

Grexit, Brexit, Migrationsdruck: In diesem Kontext einer tiefen Krise versammelten sich die sechs Gründerstaaten am 9. Februar 2016 in Rom, um ihr Engagement für eine immer enger werdende Union zu erneuern. In diesem Sinne äußerte sich der belgische Außenminister Didier Reynders: „Wir sind der Meinung, dass wir in einigen wichtigen Bereichen stärkere europäische Lösungen liefern müssen“<sup>13</sup>. Weitere Treffen der sechs werden folgen, um auf die Wiederbelebung des europäischen Projekts hinzuarbeiten.

### **Weiterführende Literatur**

Fabian Willermain/Quentin Genard: The Juncker Plan 2.0: a Belgian view, in: Egmont Royal Institute for International Relations, European Policy Brief, n°45, October 2016.

---

8 Vgl. Bart Brickman: SPA en N-VA op een lijn over asiel, in: De Standaard, 16.3.2016.

9 Eurostat: EU-Mitgliedstaaten erkannten im Jahr 2015 über 330.000 Asylbewerber als schutzberechtigt an, Pressemitteilung 79/2016, 20. April 2016.

10 Le Soir: Les réactions, d'Élio Di Rupo à Charles Michel, 5.7.2015.

11 RTBF info: Grèce: négociations sur le texte, très dur, de l'Eurogroupe, abrufbar unter: <http://bit.ly/2fgCYkJ> (letzter Zugriff: 15.8.2016).

12 7sur7.be: La Belgique a gagné 12 milliards d'euros grâce à la Grèce, 27.8.2015.

13 Le Soir: Les six pays fondateurs, nous estimons devoir apporter des solutions européennes plus fortes, 10.2.2016.